

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ



St. Stadt Hochheim

Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hirschstr. 66, Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pf., Reklamen die 6-gespaltene Colonelzeile 30 Pf., Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postkonten 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 63.

Donnerstag, den 10. Juni 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Dem Reichstag liegt eine Uebersicht über das Ergebnis der Finanzämter im Jahre 1925 im Reich vorgenommenen Steuerprüfungen vor. Insgesamt sind 79 752 Fälle untersucht worden. Es wurden 98 Millionen Mark mehr Steuern festgesetzt und 10 Millionen Mark Geldstrafen verhängt.

Der Preussische Landtag stimmte in der zweiten Beratung dem Gesetzentwurf über die Hauszinssteuer nach den Ausschussänderungen zu. Deutschnationale Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Die Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kaldenreuth und v. Pöppel, hatten heute eine längere Unterredung mit dem Reichsminister für Landwirtschaft. Angesichts der katastrophalen Lage der Landwirtschaft wurden dem Reichsminister die unerlässlich notwendigen Maßnahmen dargelegt. Der Reichsminister sagte zu, mit größter Beschleunigung das Erforderliche in die Wege zu leiten.

Die Kommunisten haben im Reichstag eine Interpellation an den Reichsminister für Wirtschaftswissenschaften eingebracht. Außerdem wird die kommunistische Reichstagsfraktion einen begründeten Misstrauensantrag gegen die Regierung Marx einbringen, der bei der Beratung über das neue Fürstentumsgesetz mit zur Verhandlung kommen wird.

Nach einer Havasmeldung aus Genf haben Briand, Vanderwerpe und Theunis eine gemeinsame Aktion Frankreichs und Belgiens zum Schutze ihrer Währung vereinbart. Man versucht, auch das Einverständnis Italiens zu erhalten.

Die französische Kammer hat mit 247 gegen 243 Stimmen einen Antrag auf Vertagung der Debatte über die Erhöhung der Lohnsteuern von 27 000 auf 42 000 Franken abgelehnt.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 31. Mai 1926. Dies bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Vermehrung von 16 221. In der Zahl sind die Vergarbeiter nicht eingeschlossen.

Nach Meldungen aus Tanger herrscht unter den Djeballas große Erbitterung gegen Abd el Krim und seine Anhänger. Die Djeballas sind an verschiedenen Stellen in das Rif eingedrungen und haben die Dörfer geplündert.

Die Lage in Frankreich.

Die verworrene innerpolitische Lage in Frankreich hat den Plan ausgetauscht lassen, ein Ministerium der nationalen Einheit zu schaffen. Der Vater des Gedankens soll der ehemalige Minister Poincaré sein. Dieser sei der Ansicht, daß ein solches Ministerium, das sich auf eine große Mehrheit stützen könnte, die Finanzsanierungsplan, der augenblicklich in Vorbereitung sei, verabschieden könnte. Briand und seine Anhänger würden also darüber zu entscheiden haben, in welcher Form und unter welchen Bedingungen dem Gedanken stattgegeben werden könne. Wenn man ihm zustimme, werde notwendigerweise die Kollektivdemission des Kabinetts folgen, damit Briand das neue erweiterte Ministerium bilden könne. Wenn aber im Gegenteil der Ministerrat der Ansicht wäre, daß eine Ministerkrise, selbst wenn sie rasch abgewendet werden könnte, ernsthafte Ungelegenheiten in dem Lande schaffen könnte, in dem Bestreben für die Verwirklichung des Standes des Franken gemacht würden, dann müßte man die Frage stellen, ob der Finanzminister auf seiner Stelle beharren werde. Der „Matin“ berichtet übrigens, daß die bevorstehende Demission Raoul Péreys verbreitet wurde. Der Finanzminister habe man jedoch erklärt, daß das Gerücht unbegründet sei.

Wie das ferner aus Genf berichtet, hat der französische Delegierte Loucheur bezüglich der Meldung des „Peuple“ hinsichtlich einer gemeinsamen französisch-belgischen Aktion zur Erhaltung ihrer Währungen erklärt, daß zwar im Verlaufe der Zusammenkunft mit Vanderwerpe und Theunis von der Möglichkeit der Rede gewesen sei, daß aber noch kein Abkommen abgeschlossen worden sei. Was Italien anbetreffe, so hat Loucheur erklärt, daß er im Laufe einer Unterredung mit mehreren Wochen mit Mussolini gehabt hat, die die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion zwischen Frankreich und Italien für die Befestigung der Währungen günstig erscheinen ließe. Mussolini habe lebhaft diesen Gedanken begrüßt, aber seitdem habe man nichts weiteres gehört.

Der „Matin“-Vertreter ist anderer Ansicht. Er glaubt, daß ein Fortschritt im Verlaufe der Unterredungen in Genf erzielt wurde und daß Frankreich, Italien und Belgien schließlich doch zu gelangen könnten, ein Abkommen zu treffen, um die gemeinsamen Währungen gemeinsam zu stützen. Natürlich müßte in Frankreich vorher dieselbe Stabilität in der Währung erzielt werden, wie in Belgien und Italien. Der ehemalige Ministerpräsident Theunis werde übrigens die nächste Tage in Paris eintreffen, um mit den maßgebenden französischen Persönlichkeiten zu verhandeln.

Die Bilanz der Reichsbahn.

Der erste Jahresabschluß.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft legt jetzt den ersten nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschluß für ihr erstes, vom 1. 10. 1924 bis 31. 12. 1925 reichendes Geschäftsjahr vor.

Der Betriebsabschluß weist an Gesamteinnahmen 5,688 Milliarden RM., an Gesamtausgaben 4,8 Milliarden RM. aus, und zwar von letzteren 3 Milliarden persönliche, 1,8 Milliarden sachliche Ausgaben. Für die ausreichende Unterhaltung der Bahnanlagen sowie für Erneuerung des Anlagevermögens sind 998 Millionen verausgabt worden. Hiernach ergibt sich ein Betriebsüberschuß von 818,7 Millionen, von denen 399,3 Mill. für Zinsendienst der Reparationsanleiheverpflichtungen, 112,3 Millionen als Zulassung zur gesetzlichen Ausgleichskasse und 150 Millionen als Rückstellung für Betriebsabschreibungen und Verlustgefahren verwendet werden, so daß der Reingewinn 156 Millionen Mark beträgt.

Aus diesem Reingewinn erhalten die Vorkursaktionäre 7 Prozent mit rund 3 Millionen und auf neue Rechnung werden 153 Millionen vorgezogen. Nur durch eine starke Drosselung aller sachlichen Ausgaben, die nicht zur Erhaltung der Betriebsfähigkeit dienen konnten, wie seitens der Verwaltung im Geschäftsbericht ausgeführt wird, kann das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben gewahrt werden. Das Unternehmen hofft, daß noch im Laufe des Geschäftsjahres 1926 eine Besserung eintreten wird, so daß weitere Maßnahmen außer den bisherigen Einschränkungen der Ausgaben nicht nötig werden. Die finanzielle Belastung durch persönliche Ausgaben belief sich zu Anfang des Geschäftsjahres auf über 270 Millionen RM. Sowen der Personalabbau durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse hervorgegangen war, kann er in fast allen Bezirken mit Ausnahme der Westfronten als abgeschlossen gelten. Am Ende des Geschäftsjahres beförderte die Bahn rund 60 Prozent aller Gütermengen zu Ausnahmestellen gegenüber 52 Prozent zu Beginn des Geschäftsjahres. Als Hauptstütze der Deutschen Reichsbahn wird die Abwendung aller Gefahren für den deutschen Charakter der Bahn in der Erfüllung der ihr durch das Gesetz auferlegten finanziellen Verpflichtungen bezeichnet.

Ausland und England.

Die „Daily News“ berichtet, daß das Problem der britischen Beziehungen zu Rußland in aller nächster Zeit akut zu werden drohe, und daß sich die Regierung infolge der scharfen Spaltung der Ansichten unter ihren Anhängern bereits in einem Dilemma befinde. Auf der einen Seite ständen die gemäßigten Konservativen, die der Ansicht sind, daß eine neue Anstrengung gemacht werden müsse, um eine englisch-russische Regelung zu erreichen. Auf der anderen Seite stände die Gruppe der extremen Konservativen.

Es seien bereits Anzeichen vorhanden, daß die zweite Gruppe einen starken Druck auf die Regierung ausüben wolle. Es könne jedoch mitgeteilt werden, daß die offizielle Ansicht gegen hysterische Aktionen, wie sie diese Seite fordere, sei. Dies bedeute jedoch nicht, daß sich die Regierung gegenüber der Tätigkeit, die die Sowjetregierung seit einiger Zeit entfalte, untätig verhalte. Die britische Regierung habe im Gegenteil dauernd Beweismaterial angehäuft und habe sich besonders eingehend mit der Rolle befaßt, die Rußland und die russische Agitation bei den britischen Arbeiterschwierigkeiten gespielt habe.

Aber welche Aktion die britische Regierung auch zu unternehmen beschließen werde, den Druck mit der Sowjetregierung halte sie in Abtrotz der allgemeinen internationalen Lage für eine Politik des Wahnsinns und sie habe sich davon überzeugt, daß die Ansicht der City in immer größerem Maße der Regierung hierin folge. In der Blättermeldung, daß Tschitscherin und Kallinin eine Reihe wichtiger Besuche in Rom, Paris und Berlin abstatten würden, erklärt das Blatt, es dürfe nicht erwartet werden, daß die britische Regierung soweit gehen werde, daß sie die Sowjetregierung einlade. Aber es könne zuverlässig mitgeteilt werden, daß sie sehr bereit sei, wenn jene beschließen würde, auch nach London zu kommen. Die Lage könne mit folgenden Worten zusammengefaßt werden: Die Tür steht weit offen für neue Verhandlungen mit Rußland, aber Rußland muß den ersten Schritt tun.

Die französischen Truppen an der Saar.

Eine englische Stimme.

Nach einer Meldung aus London schreibt „Daily Telegraph“: Eine akute Meinungsverschiedenheit, die zwischen dem kanadischen Vorsitzenden der regierenden Kommission im Saargebiet und seinem französischen, belgischen und tschechoslowakischen Kollegen entstanden sei, werde vor dem Völkerbundsrat zur Verhandlung kommen. Jetzt, wo eine genügende Gendarmerietruppe im Saargebiet aufgestellt worden sei, sei der Aufenthalt von französischen Truppen als Polizeistreitkräfte nicht länger erforderlich und auch nach dem Vertrag von Versailles nicht rechtmäßig. Die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die

französischen Truppen im Saargebiet eine verschleierte, dauernde militärische Besetzung bedeuten würden. Aber der sonst juristisch als auch politisch berechtigte Standpunkt der deutschen Regierung würde durch den Hinweis verdorben, daß nach dem Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet es eine offene Frage sein müsse, ob der Durchmarsch alliierter Truppen durch das Saargebiet gestattet werden dürfe oder nicht.

Politische Tageschau.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Preistreibeiverordnung. Vom Reichswirtschaftsministerium wurden dabei erneut Uebergangsbestimmungen vorgelegt. Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit einem demokratischen Antrag auf Einführung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erhob nachdrückliche Bedenken gegen die sofortige Einführung der Vierteljahrszahlung unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen. Der Zeitpunkt für die Einführung der Vierteljahrszahlung sei noch nicht gekommen. Von dem Vertreter der Reichsregierung wurde die baldige Vorlegung eines Ministerpensionsgesetzes zugesagt.

Schlechte Aussichten für den Regierungsentwurf zur Fürstenausschüttung. Wie man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, werden die Aussichten des Gesetzentwurfes zur Fürstenausschüttung, den die Reichsregierung noch vor dem Volksentscheid im Reichstag zur Verabschiedung bringen will, sehr ungünstig beurteilt. Man glaubt nicht, daß sich eine auch nur einfache Mehrheit für den Regierungsentwurf finden wird, da die Sozialdemokraten und Deutschnationalen ihm ablehnend gegenüberstehen.

Sachen gegen den Flaggenerlaß. Der Sächsische Landtag nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie des Ministerpräsidenten und der Reichsregierung einen Antrag an, die Regierung zu veranlassen, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Flaggenerlaß der Reichsregierung baldmöglichst zurückgezogen werde. Ministerpräsident Heide hatte empfohlen, dem Antrag nicht zuzustimmen, da er durch die neue Entwicklung in gewisser Beziehung überholt sei.

Die Immunität des Abg. Kube aufgehoben. Im Geschäftsausschuß des Reichstages wurde beschlossen, im Plenum die Aufhebung der Immunität des Abg. Kube zu beantragen. Der Beschluß kam mit allen gegen die beiden kommunistischen Stimmen zustande. In einem zweiten Fall wegen Verfolgung des Abg. Kube in einer Beleidigungssache wurde die Aufhebung der Immunität vom Ausschuss verlagert.

Der Kampf an der Hochschule in Hannover. Der Ausschuss der Studentenchaft der Technischen Hochschule hat seine Beratungen fortgesetzt, doch wird eine Erklärung erst am Donnerstag erfolgen. In der Frage der Abwanderung haben die Verhandlungen ergeben, daß Braunschweig 300 und die Charlottenburg 250 Studenten ausnehmen könnte. In der Hochschule ist vollkommene Ruhe, da die Studenten nicht erscheinen. Am Donnerstag sollen die Vorlesungen wieder besucht werden. Falls Professor Seiffert am kommenden Montag wieder eine Vorlesung halten sollte, soll kein Student die Hochschule betreten.

Aufhebung der österreichischen Finanzkontrolle. Wie aus Genf gemeldet wird, nahm der Völkerbundsrat eine von Chamberlain als Berichterstatter des Ratkomitees für Oesterreich vorgelegte Entschließung an, wonach die Tätigkeit des Generalkommissars Zimmermann und die Kontrolle selbst mit dem 30. Juni 1926 zu Ende geht, da die finanzielle Stabilität Oesterreichs nunmehr gesichert ist. Mit dem gleichen Datum treten die Bestimmungen in Kraft, durch die der Zinsendienst für die Völkerbundsanleihe unter voller Wahrung der Souveränität Oesterreichs gewährleistet werden soll.

Brasilien und die Notlage. Wie aus Genf gemeldet wird, wird der ständige Vertreter Brasiliens, Mello Franco, an der Ratssitzung teilnehmen und hierbei eine öffentliche Erklärung über die Stellungnahme Brasiliens in der Ratssitzung abgeben. Es ist demnach mit einer gewissen Klärung der Situation in der Ratssitzung zu rechnen. Der Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund könnte nach den Aussagen des Völkerbundspaltes erst zwei Jahre nach der Austrittserklärung erfolgen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Juni.

Wie an den vorhergehenden Tagen, werden auch diesmal wieder zahlreiche Urlaubsgesuche von Abgeordneten bewilligt. Die zweite Lesung des Reichsstaatsbankrottgesetzes wird dann fortgesetzt, und zwar bei der Einzelberatung. Der grundlegende Paragraph 1 der Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Zur Annahme gelangt ferner ein Antrag Leopold (Dnl.), wonach für die Betriebe der Arbeitgeber eine angemessene Entschädigung für bereits laufende Pensionen ehemaliger Reichsbeamter zu erlassen ist.

Während sie den Wagen selbst liegen liegen.
 (Mert.) Der Flomborner Mord noch
 die Ereignisse des Täters in der Flom-
 eine Belohnung in Höhe von 500 Rm. aus

Kaffeebräutchen in den Saal des „Frankfurter Hofes“ laden, wo er seine erste Aufnahmeklasse 1886 mit Angehörigen in Freundschaften versammelt fand.

Wettervoransage. Keine wesentliche Aenderung.
Härteausgleich bei der Kriegsbeschädigtenzulage. Das dritte Gesetz zur Abänderung des Reichsversicherungsge-
setzes wurde die Kriegsbeschädigtenzulage für Beschädigten
deren Erwerbsschaden um 70 Prozent oder mehr gering-

Hochheim a. M., den 10. Juni 1926.

Kaffeebräutchen in den Saal des „Frankfurter Hofes“ laden, wo er seine erste Aufnahmeklasse 1886 mit Angehörigen in Freundschaften versammelt fand.

Der Glomborner Mord noch ungeklärt. Zur Ergreifung des Täters in der Glomborner Gegend ist eine Belohnung in Höhe von 500 RM. ausgesetzt.

